

Informationen zum Umgang mit persönlichen Daten für Klientinnen der Beratungsstelle- bei dem Wunsch auf Anonymität

Datenschutzhinweis

Im Folgenden informieren wir über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen unseres Beratungsangebots. Personenbezogene Daten sind alle Daten, die auf Sie persönlich beziehbar sind, zum Beispiel Name, Adresse, Geburtsdatum.

Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung nach Art. 4 Nr.7

Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist

Frauen helfen Frauen – Hochtaunuskreis e.V.

vertreten durch den Vorstand

Oberhöchstadter Straße 3

61440 Oberursel

Telefon: 06171-51768

Telefax: 06171-87909

E-Mail: beratungsstelle@frauenhaus-oberursel.de.

Unsere Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter E-Mail: datenschutz@fhf-oberursel.de

oder unserer Postadresse mit dem Zusatz „Der Datenschutzbeauftragte“.

Information zum Zweck der Verarbeitung und zur Rechtsgrundlage

Wir verarbeiten von Ihnen nur die personenbezogenen Daten, die wir für eine angemessene Beratung benötigen. Auf Ihren Wunsch werden wir nicht Ihren Namen, Adresse (mit Ausnahme des Wohnorts) und Kontaktdaten aufnehmen, so dass Ihre Daten soweit wie möglich in anonymisierter Form von uns erfasst und verarbeitet werden. Das Beratungsgespräch muss von uns jedoch dokumentiert werden. Hierfür wird der Gewaltverlauf und Ihr Wohnort erfasst. Aufgrund dieser Angaben ist es nicht vollständig auszuschließen, dass aufgrund von Zusatzwissen oder durch Pressemitteilungen Rückschlüsse auf Ihre Person gezogen werden können. Zur Dokumentation unserer Beratungsgespräche und daraus resultierenden Statistiken sind wir jedoch gegenüber unserem Leistungsträger verpflichtet. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs.1 S.1 lit. f DSGVO.

Datenweitergabe

Eine Datenweitergabe erfolgt nicht, es sei denn, Sie haben uns hierfür ausdrücklich Ihre Einwilligung erteilt. Wir sind jedoch gegenüber unseren Leistungsträgern verpflichtet unsere Berichte über eine erfolgte Beratung vorzulegen.

Wir weisen Sie darauf hin, dass für unsere Mitarbeiterinnen kein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 StPO besteht.

Dauer der Speicherung

Wir sind aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsfristen verpflichtet, Ihre Daten für die Dauer von

bis zu 10 Jahren zu speichern. Allerdings nehmen wir nach 3 Jahren eine Einschränkung der Verarbeitung vor, daher werden Ihre Daten nur zur Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen eingesetzt. Nach Ablauf dieser Fristen werden wir Ihre Daten komplett löschen, es sei denn, dass eine juristische Situation die Verlängerung dieser Fristen erfordert.

Ihre Rechte

Hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten haben Sie gegenüber uns als Verantwortlichen folgende Rechte:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten Daten zu verlangen, sowie eine Kopie dieser Daten.
- gemäß Art. 16 DSGVO die unverzügliche Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung Ihrer Daten zu verlangen.
- gemäß Art. 17 DSGVO auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) Ihrer Daten zu verlangen, soweit die Verarbeitung nicht zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.
- gemäß Art. 18 DSGVO auf Einschränkung der Verarbeitung, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.
- gemäß Art. 20 DSGVO auf Datenübertragbarkeit.
- gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen: Soweit wir die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine Interessenabwägung stützen, können Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen. Dies ist der Fall, wenn die Verarbeitung insbesondere nicht zur Erfüllung eines Vertrags mit Ihnen erforderlich ist. Bei Ausübung eines solchen Widerspruchs bitten wir um Darlegung der Gründe, weshalb wir Ihre personenbezogenen Daten nicht wie von uns durchgeführt verarbeiten sollten. Im Falle Ihres begründeten Widerspruchs prüfen wir die Sachlage und werden entweder die Datenverarbeitung einstellen bzw. anpassen oder Ihnen unsere zwingenden schutzwürdigen Gründe aufzeigen, aufgrund derer wir die Verarbeitung fortführen.
- Nach Art. 77 DSGVO können Sie sich bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns beschweren. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:
Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
Gustav-Stresemann-Ring 1
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611-1408 0, Telefax: 0611-1408 611
E-Mail: poststelle@datenschutz-hessen.de